



17.06.1953

17. Juni: Der Volksaufstand in Ost-Berlin und der DDR wird niedergeschlagen

Entgegen der Propagandabeauptungen ist es nur ein kleinerer Teil der Bevölkerung, in dem die SED-Führung Rückhalt findet. Die Unzufriedenheit über Mangelwirtschaft, politische Unterdrückung und gesellschaftliche Gleichschaltung wächst. Als eine Erhöhung der Arbeitsnormen beschlossen wird, die Menschen also für gleichen Lohn mehr arbeiten sollen, bricht ein Aufstand aus. Am 16. Juni streiken Arbeiter auf der symbolträchtigsten Baustelle der DDR. In Ostberlin soll mit dem Bau der pompösen Stalinallee im Stil des sozialistischen Neoklassizismus eine repräsentative Prachtstraße für Aufmärsche und staatliche Selbstdarstellung entstehen. Genau dort beginnt mit der Arbeitsniederlegung der Bauarbeiter der Aufstand. Die Streikenden ziehen zum Haus des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds (FDGB) und verlangen Gehör. Doch die Gewerkschafter verweigern den Dialog. Obwohl die SED noch am selben Tag die Normerhöhung zurücknimmt, hat der Streik nach der Gesprächsverweigerung bereits eine eigene Dynamik entwickelt. Den streikenden Arbeitern schließen sich weitere Menschen an, die nun den Rücktritt der Regierung und freie Wahlen fordern. Für den Morgen des 17. Juni wird in Ostberlin eine große Versammlung angekündigt. Da der Westberliner Sender Radio im Amerikanischen Sektor (RIAS) von den Ereignissen berichtet, erfahren auch Menschen außerhalb der Hauptstadt von dem Geschehen. Die Radioübertragungen des RIAS sind so der entscheidende Impuls für die weitere Entwicklung, denn nun beginnt auch in anderen Städten der DDR der Aufstand. Überall im Land streiken am 17. Juni ganze Belegschaften und ziehen in die Stadtzentren zu Demonstrationsversammlungen. An anderen Orten werden Gefängnisse gestürmt und politische Häftlinge befreit. Die Lage wird an vielen Stellen gewalttätig. SED-Funktionäre werden geschlagen, Parteibüros werden demoliert, Polizisten werden verletzt, darunter mehrere tödlich. Die Situation droht der DDR-Führung aus den Händen zu gleiten. Die hilflose DDR-Regierung flieht daher nach Berlin-Karlshorst, wo sich die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) befindet. Die SMAD erklärt den Ausnahmezustand und verhängt das Kriegsrecht in der DDR. Sowjetische Panzer, 20 000 Sowjetsoldaten und etwa 8000 Angehörige der Kasernierten Volkspolizei (KVP), der Vorstufe zur Schaffung der späteren Nationalen Volksarmee (NVA), treten den Demonstranten noch am 17. Juni entgegen. Diese massive Militärpräsenz lässt den Aufstand beinahe sofort zusammenbrechen. In manchen Orten lassen die lokalen SED-Funktionäre auf Demonstranten feuern. Es kommt sogar zu standrechtlichen Erschießungen. Manche Aufständische werfen aus Verzweiflung mit Steinen nach Panzern. Das berühmte Foto dieser jungen Steinewerfer wird im Westen sofort zu einer Ikone aller freiheitlich-demokratisch denkenden Menschen stilisiert, die jeden Totalitarismus, gleich ob braun oder rot, ablehnen. Zwischen 50 und 80 Menschen kommen während des Aufstands ums Leben. Die genauen Zahlen sind bis heute nicht geklärt.



Der Aufstand des 17. Juni ist ein schwerer Schlag für die SED. Offen ist der Machtanspruch der sozialistischen Parteidiktatur in Frage gestellt worden. Gleichzeitig hat sich unübersehbar gezeigt, dass die SED-Diktatur nur durch die Präsenz und Hilfe der SMAD überlebensfähig ist. Einige Anführer des Aufstands werden zum Tode verurteilt, Hunderte werden inhaftiert. Auch in der SED kommt es zu Säuberungen gegen vermeintlich unzuverlässige Genossen. Die Spitzeltätigkeiten gegen die eigene Bevölkerung, die vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) koordiniert werden, erfahren in den folgenden Jahren eine starke Ausweitung. Die Forderungen der Aufständischen werden hingegen nicht diskutiert. Stattdessen erklärt die SED, dass es sich bei den Ereignissen vom 17. Juni um einen vom Westen gelenkten „faschistischen Putschversuch“ gehandelt habe. Diese Erklärung findet weder im Westen noch im Osten Glauben, sondern führt vielmehr zu einer weiteren Entfremdung der DDR-Bevölkerung von ihrem damit völlig unglaubwürdig gewordenen Staat. Zwar ist der Beitrag des RIAS für die Ausbreitung des Aufstands nicht zu unterschätzen, hierin und nicht in den groben Mängeln des Lebens in der DDR den Grund für den Aufstand suchen zu wollen, entbehrt jedoch jeder Grundlage.



In der Bundesrepublik Deutschland wird der Aufstand mit großer Sympathie verfolgt. Ein wie auch immer geartetes Eingreifen unterbleibt jedoch. Mitten im Kalten Krieg und in Zeiten der atomaren Bedrohung kann der Westen die Aufständischen nicht unterstützen. Allerdings wird der 17. Juni ab 1954 in Westdeutschland als nationaler „Tag der deutschen Einheit“ gefeiert. Erst 1990 wird dieses Datum durch den 3. Oktober als nationaler Feiertag abgelöst.



Prof. Dr. Tobias Arand



References:

Literaturhinweise:

Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entlässt ihre Kinder. Köln 1955
 Knabe, Hubertus: 17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand. München 2004
 Koop, Volker: Der 17. Juni. Legende und Wirklichkeit. Berlin 2003
 Mählert, Ulrich (Hrsg.): Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit. Bonn 2003.